21.7.

I
01
Herrn Nemitz

**Antrag Drucksache Nr.: 00473/2020 der CDU/FDP-Fraktion
Betreff: Nachrüstung der Fußgängerampeln mit Rest-Rot-Anzeigen**

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei allen künftigen baulichen Veränderungen bzw. notwendigen Modernisierungen bei Ampelanlagen sogenannte „Rest-Rot-Anzeigen“ für Fußgänger im Sinne der Erhöhung der Verkehrssicherheit nachzurüsten.

Aufgrund des vorstehenden Beschlussvorschlags nimmt die Verwaltung hierzu Stellung:

1. Rechtliche Bewertung (u.a. Prüfung der Zulässigkeit; ggf. Abweichung von bisherigen Beschlüssen der Stadtvertretung)

Aufgabenbereich: Übertragener Wirkungskreis

Der Antrag ist rechtlich unzulässig. Entsprechend § 31 Abs. 2 Satz 2 KV M-V müssen Anträge, durch die der Landeshauptstadt Schwerin Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen entstehen, bestimmen, wie die zu ihrer Deckung erforderlichen Mittel aufzubringen sind; der Teilhaushalt ist zu benennen. Der Antrag enthält keinen Kostendeckungsvorschlag und erfüllt somit nicht die kommunalverfassungsrechtlichen Vorgaben.

2. Prüfung der finanziellen Auswirkungen

Art der Aufgabe: Freiwillige Aufgabe (neu)

Kostendeckungsvorschlag entsprechend § 31 (2) S. 2 KV: Im Antrag nicht enthalten.

Einschätzung zu voraussichtlich entstehenden Kosten (Sachkosten, Personalkosten):

Kosten können ohne weitere Untersuchungen nicht benannt werden.

In Schwerin gibt es derzeit lediglich eine Fußgängerlichtsignalanlage mit Restrotanzeige (Schlossstraße). Für die Umrüstung sind Kosten in Höhe von 6.000 € entstanden. Eine Übertragung dieser Kostenhöhe auf andere Anlagen ist nicht möglich.

3. Empfehlung zum weiteren Verfahren

Umwandlung in einen Prüfantrag: In der Folge eines entsprechenden Beschlusses ist zu prüfen, ob die beantragte Ausbildung der Lichtsignalanlagen in allen Fällen umsetzbar ist. Die vorhandene Anlage wurde durch die Firma Siemens errichtet. Ob andere Firmen derartige Anlagen herstellen können, ist hier nicht bekannt.

Die Umrüstung der Anlagen auf Anlagen mit Restrotanzeige für Fußgänger bedarf einer Zustimmung der oberen Verkehrsbehörde, weil deren Einsatz nicht allgemein zulässig ist. Die vorhandene Anlage läuft im Rahmen eines sogenannten Pilotprojektes. Eine abschließende Zustimmung der oberen Verkehrsbehörde wurde bislang nicht erteilt.

Bernd Nottebaum